E&M daily
DIE TAGESZEITUNG FÜR DEN ENERGIEMARKT

★★★ DAS WICHTIGSTE VOM TAGE AUF EINEN BLICK ★★★

STROM

197,72 €/MWh

Epex Spot DE-LU Day Base

GAS

91,68 €/MWh

EEX Spot THE (End of Day)

ZITAT DES TAGES

„Niemand, der heute im 21-Konzern arbeitet, trägt Schuld an der Vergangenheit. Aber wir alle tragen Verantwortung für die Zukunft."

Jörg Jacoby, Vorstandsvorsitzender von DSW21, bei der Vorstellung der Studie \"Keinen Schlussstrich ziehen!\" zur Rolle der Dortmunder Stadtwerke zwischen 1933 und 1945.

EUROPA
EU legt zweite Förderrunde für industrielle Prozesswärme auf

IT-SICHERHEIT
Cyberangriff verzögert Zahlungen bei den Stadtwerken Achim

WIRTSCHAFT
Abo Energy strebt radikalen finanziellen Einschnitt an

Inhalt

TOP-THEMA
→ **WÄRME:** Breiter Erzeugungsmix für mehr Resilienz

POLITIK & RECHT
→ **EUROPA:** EU legt zweite Förderrunde für industrielle Prozesswärme auf
→ **POLITIK:** Energieminister wollen Bürger entlasten
→ **PERSONALIE:** Klima-Allianz Deutschland besetzt Geschäftsführung neu
→ **GASMARKT:** Norwegen setzt chinesischen Frachter für russisches LNG-Terminal fest

HANDEL & MARKT
→ **VERANSTALTUNG:** Industrie sucht wirtschaftliche Wege zur Dekarbonisierung
→ **WINDKRAFT ONSHORE:** BWE fordert besseren Marktzugang für Windenergie
→ **STATISTIK DES TAGES :** Stromabsatz deutscher Energieversorger im Jahr 2025

TECHNIK
→ **IT-SICHERHEIT:** Cyberangriff verzögert Zahlungen bei den Stadtwerken Achim
→ **F&E:** Speichern statt abregeln im Verteilnetz
→ **KLIMASCHUTZ:** Bürgerenergie verschenkt Potenzial durch fehlende Vielfalt

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

UNTERNEHMEN

→ **WIRTSCHAFT:** Abo Energy strebt radikalen finanziellen Einschnitt an
→ **UNTERNEHMEN:** DSW 21 stellt sich seiner Nazi-Vergangenheit
→ **BILANZ:** PNE mit Ergebnissprung trotz schwächerer Projektentwicklung
→ **FINANZIERUNG:** Eon beginnt mit Vorfinanzierung für 2027

MARKTBERICHTE

→ **MARKTKOMMENTAR:** Gaspreise bleiben hoch, CO2 gibt nach

SERVICE

→ **ENERGIEDATEN**
→ **STELLENANZEIGEN**
→ **REDAKTION**
→ **IMPRESSUM**

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

★ TOP-THEMA

Breiter Erzeugungsmix für mehr Resilienz



Quelle: E&M/sag

WäRME. Die Stadtwerke Landshut haben eine Energiezentrale mit BHKW, Biomassekessel, Wärmepumpen und Solarthermie samt Wärmespeicher errichtet. Das hat einen Grund.

Mit einem Mix unterschiedlicher Erzeugungstechnologien wollen die Stadtwerke ihre Fernwärmeversorgung ausbauen und die Abhängigkeit von einzelnen Energieträgern verringern. Im Gewerbegebiet „Münchnerau“ am Stadtrand wurde deshalb eine neue Energiezentrale errichtet. 11,5 Millionen Euro hat sich das kommunale Unternehmen das kosten lassen.

Auch wenn die Eröffnung eines Kindergartens mehr hermacht als die offizielle Inbetriebnahme eines schlichten Funktionsbau mit Energieanlagen, so war die Dichte an lokaler Prominenz bei der offiziellen Eröffnung der Energiezentrale am 12. November durchaus bemerkenswert. Nebem dem Landshuter Oberbürgermeister schauten auch einige Stadträte und Vertreter aus dem Landkreis vorbei.

Und in dem Gebäude gab und gibt es durchaus etwas zu sehen. Bemerkenswert ist vor allen die Dichte an unterschiedlichen Anlagen. Die neue Energiezentrale kombiniert ein BHKW (1 MW thermisch/800 kW elektrisch, befeuert mit Erdgas), einen Biomassekessel (900 kW thermisch, Hackschnitzel), zwei Wärmepumpen (1,3 MW thermisch) und eine Solarthermieanlage (50 kW thermisch).

Die zwei Wärmepumpenkaskaden nutzen unter anderem Grundwasser und Wärme auf niedrigem Temperaturniveau. Über die Kaskadenschaltung lässt sich die Temperatur schrittweise auf das für die Fernwärmeversorgung benötigte Niveau anheben.

Michael Müller, Bereichsleiter Erzeugung und Bad bei den Stadtwerken Landshut, erläuterte im Gespräch mit *Energie & Management* die Gründe für den Technologiemix. Durch die Kombination unterschiedlicher Anlagen könnten sowohl Grundwasserwärme als auch bislang ungenutzte Wärme auf niedrigem Temperaturniveau für die Fernwärmeversorgung erschlossen werden.

Zudem verringere die Vielfalt der eingesetzten Technologien die Abhängigkeit von einzelnen Energieträgern und erhöhe die Resilienz der Versorgung. „Das ist für uns ein wichtiger Faktor“, betonte Müller. So könnten im Hackschnitzelkessel auch Brennstoffe aus der Land- und Forstwirtschaft der Umgebung eingesetzt werden. Gleichwohl räumte er ein, dass durch die Vielzahl der Anlagen die Koordination durchaus

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

anspruchsvoll sei.

Einbindung der Wärmepumpen eine Herausforderung

Eine zentrale Rolle spielt ein Pufferspeicher mit 1.000 Kubikmetern Fassungsvermögen. Er ist für das Fernwärmenetz mit einem Temperaturniveau von 85 Grad Celsius ausgelegt. Ein weiterer Speicher mit 80 Kubikmetern und einem Temperaturniveau von 45 Grad Celsius dient den Wärmepumpenkaskaden.

Technisch stellte insbesondere die Einbindung der Wärmepumpen die Stadtwerke vor Herausforderungen. Anspruchsvoll sei hier gewesen, die Steuerung der verschiedenen Temperaturniveaus aufeinander abzustimmen, sage Müller. Hinzu kam der Flächenbedarf der Anlagentechnik. Deshalb wurde das Gebäude mehrgeschossig gebaut.

Die Energiezentrale ist bereits auf Erweiterungen vorbereitet. Platz ist für zwei weitere BHKW, einen weiteren Biomassekessel und eine zusätzliche Wärmepumpenanlage. Die Stadtwerke wollen diese Komponenten entsprechend dem künftigen Wärmeabsatz ergänzen. Und auch wichtig: Das BHKW ist für den Betrieb mit Biomethan sowie Wasserstoffbeimischungen beziehungsweise grünem Wasserstoff ausgelegt.

Zunächst dient die Energiezentrale der Versorgung des Gewerbegebiets Münchnerau. Bislang handelt es sich beim Fernwärmenetz „Landshut West“ um ein eigenständiges Versorgungsgebiet. Die Stadtwerke betreiben im östlichen Stadtgebiet ein weiteres Fernwärmenetz, das von einem großen Biomasseheizkraftwerk gespeist wird.

Bis 2028 wollen die Stadtwerke die beiden Netze West und Ost miteinander verbinden. Die Trassenplanung läuft bereits. Durch den Zusammenschluss könnten weitere Stadtviertel an die Fernwärmeversorgung angeschlossen werden. Gleichzeitig lassen sich die verschiedenen Erzeugungsanlagen gemeinsam steuern und je nach Wärmebedarf und Verfügbarkeit der Energieträger einsetzen.

Die neue Energiezentrale ist deshalb auf einen größeren Wärmeabsatz ausgelegt, als ihn das Gewerbegebiet Münchnerau allein derzeit benötigt. Durch den modularen Aufbau sollen die Erzeugungskapazitäten schrittweise mit der Nachfrage wachsen. Damit wollen die Stadtwerke vermeiden, bereits zu Beginn sämtliche geplanten Anlagen errichten und finanzieren zu müssen. (sag)



Ein Teil der neuen Energiezentrale in Landshut
Quelle: E&M/sag

// VON STEFAN SAGMEISTER

Zum Inhalt

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

POLITIK & RECHT



Quelle: Pixabay / Dimitris Vetsikas

EU legt zweite Förderrunde für industrielle Prozesswärme auf

EUROPA. Die EU startet im Dezember die zweite Ausschreibung für klimafreundliche Prozesswärme. Eine Milliarde Euro steht bereit.

Die EU-Kommission startet im Dezember 2026 die zweite Ausschreibungsrunde zur Förderung klimafreundlicher Prozesswärme. Für die sogenannte IF26 Heat Auction stellt sie eine Milliarde Euro aus dem europäischen Emissionshandel bereit. Industrieunternehmen können Fördermittel für die Elektrifizierung ihrer Wärmeerzeugung und den Einsatz erneuerbarer Wärme beantragen. Damit können Industrieunternehmen erneut Gebote für die Förderung klimafreundlicher Prozesswärmeprojekte einreichen.

Die Ausschreibung gehört zum europäischen Innovationsfonds und ist Teil des Clean Industrial Deal. Sie richtet sich an Unternehmen aus energieintensiven Branchen wie der Chemie-, Stahl-, Papier-, Glas- und Lebensmittelindustrie. Neben dem Ersatz fossiler Wärmeerzeugungsanlagen können Unternehmen auch Investitionen in zusätzliche Produktionskapazitäten fördern lassen. Darauf weist unter anderem auch das Institut für Energietechnik (IfE) hin.

Förderung von bis zu 250 Millionen Euro je Projekt

Das Förderprogramm umfasst Wärmepumpen, elektrische Widerstandsheizungen, Elektrodenkessel sowie induktive und dielektrische Erwärmungsverfahren. Auch elektrische Öfen, Schmelzanlagen, Plasmatechnologien sowie Solar- und Geothermieanlagen kommen für eine Förderung infrage. Mit der zweiten Ausschreibungsrunde erweitert die EU-Kommission den Kreis der förderfähigen Technologien um Kernkraftanwendungen, darunter SMR.

Nach Angaben des IfE beträgt die Mindestgröße eines Vorhabens 3 MW installierte Leistung an einem Standort. Unternehmen können dafür mehrere kleinere Anlagen bündeln. Das erforderliche Investitionsvolumen liegt bei mindestens 2,5 Millionen Euro. Für Wärmepumpen und Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Wärme gilt eine Mindesttemperatur von 80 Grad Celsius. Bei anderen Technologien beträgt die Schwelle 100 Grad Celsius. Damit öffnet die Kommission das Programm gegenüber der ersten Ausschreibungsrunde auch für Anwendungen mit niedrigeren Prozesstemperaturen.

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Zuschläge nach dem Gebotspreis

Die Vergabe der Fördermittel erfolgt über eine „Rückwärtsauktion“ (niedrigster Gebotspreis erhält den Zuschlag). Unternehmen konkurrieren dabei über die Höhe der beantragten Förderung. Die Antragsteller müssen die Gebote in Euro je Megawattstunde Prozesswärme einreichen. Für Anwendungen mit Temperaturen bis 400 Grad Celsius liegt die Gebotsobergrenze bei 90 Euro/MWh. Bei Temperaturen oberhalb von 400 Grad Celsius beträgt sie 180 Euro/MWh.

Die maximale Förderung beläuft sich auf 100 Millionen Euro für Niedertemperaturprojekte und 250 Millionen Euro für Hochtemperaturanwendungen. Erfolgreiche Bieter erhalten über einen Zeitraum von höchstens fünf Jahren eine Förderung auf Basis ihres bezuschlagten Gebots. Die EU-Kommission beschreibt den Mechanismus als feste Prämie, deren Höhe sich an den vermiedenen direkten CO2-Emissionen orientiert.

Ein Schwerpunkt der zweiten Ausschreibungsrunde liegt auf der Flexibilität des Stromverbrauchs. Die EU-Kommission will Projekte begünstigen, die ihren Strombezug an die Situation im Elektrizitätssystem anpassen und Verbrauchsspitzen vermeiden. Unternehmen können dazu beispielsweise thermische oder elektrische Speicher in ihre Anlagenkonzepte integrieren. Die zweite Heat Auction folgt auf das Pilotverfahren IF25. (hr) // VON HEIDI ROIDER

Zum Inhalt

Energieminister wollen Bürger entlasten



Quelle: Bundesrat

POLITIK. In vielen Themen sind sich die Länder überwiegend einig. Die Prüfung einer Übergewinnsteuer befürworten alle, außer Bayern.

Entlastungen für Bürgerinnen und Bürger haben die Energieminister der Länder gefordert. Bei der Energieministerkonferenz in Göttingen sprachen sie sich unter anderem für eine Senkung der Stromsteuer sowie eine Übergewinnsteuer für Mineralölkonzerne aus. Dazu gebe es einen starken gemeinsamen Geist und einen „Geist von Göttingen“, wie unter anderem Niedersachsens Energieminister und Vorsitzender der Konferenz, Christian Meyer (Grüne), sagte.

„Die Erfolge der Energiewende müssen bei den Verbrauchern ankommen. Die Stromsteuer muss massiv gesenkt werden“, sagte Meyer. Das sei bereits bei der vorherigen Energieministerkonferenz einstimmig beschlossen worden. Die Senkung der Stromsteuer für alle Bürger ist im Bundeshalt für das kommende Jahr nicht eingeplant. Bislang wurde die Stromsteuer nur für die Industrie, das produzierende Gewerbe sowie die Land- und Forstwirtschaft gesenkt.

Für eine erneute Prüfung einer Übergewinnsteuer sprachen sich alle Bundesländer bis auf Bayern aus. Hessens Energieminister Kaweh Mansoori (SPD) sagte: Es sei „ein schlicht inakzeptabler Vorgang, dass ausgerechnet diejenigen, die sich auf Kosten von Millionen Deutschen bereichern, nichts, aber auch gar nichts zur Senkung der Preise beitragen sollen“. Das sei nicht vermittelbar.

Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU), die während der Konferenz rund eine Stunde lang zugeschaltet war, habe sich jedoch massiv gegen Vergleiche mit Ländern ausgesprochen, die eine derartige Steuer bereits umgesetzt haben, sagte Meyer.

Minister wollen Mechanismus für Klimageld

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Darüber hinaus forderten die Energieminister erneut einen Auszahlungsmechanismus für ein Klimageld, um Bürger zu entlasten. Von der Bundesregierung und der Wirtschaftsministerin forderten sie eine bessere Zusammenarbeit. Die Minister hätten das „Gefühl, dass die Bundeswirtschaftsministerin, ich sag's auch mal so, nicht richtig zuhört, zu wenig mit uns redet, zu wenig mit der Branche redet“, sagte Meyer. Es brauche zudem mehr Zeit bei der Prüfung neuer Gesetze: Manchmal gehe Gründlichkeit vor Schnelligkeit, sagte Mansoori.

Am Rande der Konferenz kam es auch zu einem Protest der Gruppierung Robin Wood. Aktivisten ließen unter anderem vom Gebäude der Energieministerkonferenz ein Banner hängen. Sie forderten den Ausstieg aus der Gas-Energie. Nach Angaben eines Reporters der Deutschen Presse-Agentur vor Ort verlief die Protestaktion ruhig. // VON DPA

Zum Inhalt

Klima-Allianz Deutschland besetzt Geschäftsführung neu



Geschäftsführerinnen im Wechsel (v.li.): Christane Raddatz, Stefanie Langkamp und Antje Mensen. Quelle Klima-Allianz Deutschland

PERSONALIE. Die Klima-Allianz Deutschland stellt ihre Führung neu auf. Viviane Raddatz übernimmt dauerhaft ein Ressort und Antje Mensen folgt Anfang 2027 auf Stefanie Langkamp.

Die Klima-Allianz Deutschland besetzt zwei Positionen in ihrer Geschäftsführung neu. Viviane Raddatz übernimmt dauerhaft die Geschäftsführung Netzwerk und Gesellschaft. Antje Mensen wird zum 1. Januar 2027 neue Geschäftsführerin Politik. Sie folgt auf Stefanie Langkamp, die im Frühjahr 2027 auf eigenen Wunsch aus der Geschäftsführung ausscheidet.

Die Klima-Allianz Deutschland ist ein Bündnis aus mehr als 150 Organisationen, darunter kirchliche und nicht-kirchliche Hilfsorganisationen sowie Verbände, wie der Bundesverband Kraft-Wärme-Kopplung oder der Bundesverband Erneuerbare Energie.

Gemeinsam mit Anna Schwanhäußer, Geschäftsführerin Finanzen und Verwaltung, bilden Raddatz und Mensen künftig das dreiköpfige Führungsteam des Bündnisses. Raddatz verantwortet bereits seit Juli 2026 interimistisch die strategische Vernetzung und gesellschaftliche Präsenz der Klima-Allianz. Sie hatte die Aufgabe von Christiane Averbeck übernommen, die nach elf Jahren in den Ruhestand gegangen war. Zuvor gehörte Raddatz dem Sprecherrat des Bündnisses an und leitete beim WWF Deutschland den Bereich Klimaschutz und Energiepolitik.

In ihrer neuen Funktion will Raddatz das gesellschaftliche Bündnis weiter stärken und zusätzliche Partner gewinnen. Wenn Umwelt-, Wohlfahrts-, Jugend- und kirchliche Verbände gemeinsam aufträten, werde deutlich, dass Klimaschutz den Alltag aller Menschen betreffe. Gerade angesichts spaltender Debatten wolle sie die Zusammenarbeit unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen ausbauen.

Mensen wechselt aus dem Ministerium

Antje Mensen übernimmt künftig die politische Strategie und die Interessenvertretung der Klima-Allianz auf Bundes- und EU-Ebene. Sie wechselt aus dem Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) zum Bündnis. Zuvor war sie unter anderem in der Verbändekoordination beim Deutschen Naturschutzring zur EU-Klimapolitik tätig.

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Mensen will Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit stärker miteinander verbinden. Konkret gehe es um bezahlbare Wärme, verlässliche Busse und Bahnen sowie zukunftssichere Arbeitsplätze. Dafür brauche es eine Politik, die die Energiewende in Deutschland und der Europäischen Union vorantreibe und notwendige Zukunftsinvestitionen verlässlich finanziere. Diesen Kurs wolle die Klima-Allianz gegenüber politischen Entscheidungsträgern konstruktiv einfordern.

Langkamp ist seit 2014 für die Klima-Allianz Deutschland tätig und verantwortet seit 2023 die politische Arbeit des Bündnisses. Nach mehr als zehn Jahren wolle sie sich neuen persönlichen Perspektiven und Herausforderungen widmen. Ihr Ausscheiden erfolgt nach Angaben der Organisation auf eigenen Wunsch. (sh) // VON SUSANNE HARMSEN

Zum Inhalt

Norwegen setzt chinesischen Frachter für russisches LNG-Terminal fest



Quelle: Königreich Norwegen

GASMARKT. Der Schwergutfrachter MV Ya Qing Hai Yang hatte Industriemodule für das russische Projekt Arctic LNG 2 geliefert. Beide stehen unter westlichen Sanktionen.

Der Schwergutfrachter MV Ya Qing Hai Yang hatte die Nordostpassage vom chinesischen Hafen Zhuhai aus durchquert und trieb später mehrere Tage lang bei den Aynov-Inseln, weniger als 30 Kilometer von der russischen Seegrenze zu Norwegen entfernt, nachdem er Industriemodule für das russische Erdgasprojekt Arctic LNG 2 geliefert hatte. Das berichtet das norwegische Medienportal Barents Observer.

Das zuvor unter dem Namen MV Ocean 28 fahrende Schiff steht unter Sanktionen der EU, der USA, der Ukraine und mehrerer anderer Länder und führt unberechtigt die guatemaltekische Flagge. Die Ya Qing Hai Yang lief in den norwegischen Andfjord ein, wo es seither vor Anker liegt, wie Schiffsverkehrsdaten zeigen.

Einen Tag später lief der im gleichen Auftrag und auf gleicher Route aber unter chinesischer Flagge fahrende Schwergutfrachter MV Jian Yang Cheng He (IMO: 9813137) im selben Fjord ein. Die Insel beherbergt einen Militärflugplatz und eine Basis für den Start ziviler und militärischer Raketen.

Beide Schiffe haben der norwegischen Küstenverwaltung zufolge gemäß internationalem Recht zustehenden Schutz vor schlechtem Wetter gesucht, erklärte Arve Dimmen, Direktor für Navigationstechnologie und maritime Dienstleistungen bei der Küstenverwaltung. Bei den fälligen Inspektionen an Bord beider Schiffe wurde die Ya Qing Hai Yang wegen der falschen guatemaltekischen Flagge festgesetzt. Das Schiff wird festgehalten, bis ordnungsgemäße Papiere vorliegen und die notwendigen Sicherheitsanforderungen erfüllt sind, so Dimmen. „Es ist noch unklar, wie lange das dauern wird“, fügte er hinzu. (mkl) // VON MARTIN KLINGSPORN

Zum Inhalt

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

HANDEL & MARKT



Silvana Tiedemann (Neon) li. und Moderatorin Nadine Lindner bei der Konferenz zur Dekarbonisierung. Quelle: Susanne Harmsen

Industrie sucht wirtschaftliche Wege zur Dekarbonisierung

VERANSTALTUNG. Bei der Lausitzer Fachkonferenz 2026 in Cottbus diskutierten Vertreter aus Industrie, Wissenschaft und Politik über wirtschaftliche Rahmenbedingungen für eine klimaneutrale Industrie.

Wie lässt sich die Dekarbonisierung der Industrie wirtschaftlich tragfähig gestalten? Diese Frage stand im Mittelpunkt der Lausitzer Fachkonferenz 2026, zu der das Cluster Dekarbonisierung der Industrie (CDI) am 12. November nach Cottbus eingeladen hatte. Unter dem Leitgedanken „Dekarbonisierung als tragfähiges Wirtschaftsmodell“ diskutierten Vertreter aus Industrie, Politik, Wissenschaft und Wirtschaft über Energiepolitik, grüne Leitmärkte und technologische Lösungen für eine klimaneutrale Industrie.

Die Konferenz fand sowohl vor Ort als auch digital im Livestream statt. Zu den Programmpunkten gehörten eine Keynote aus dem Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN), Fachvorträge sowie Diskussionsrunden. Im Mittelpunkt standen dabei insbesondere die wirtschaftlichen Voraussetzungen für die industrielle Transformation.

Thomas Kralinski, Abteilungsleiter Klimaschutz im BMUKN sagte: „Die Transformation zur Klimaneutralität wird nur erfolgreich sein, wenn sie gleichzeitig Perspektiven für gute Arbeitsplätze eröffnet und die Modernisierung unseres Industriestandorts voranbringt. Politisch dürfen wir keine Mühen scheuen, diese Aufgabe zu lösen.“

Silvana Tiedemann, Geschäftsführerin von Neon Neue Energieökonomik, stellte die Bedeutung industrieller Flexibilität für das Stromsystem heraus. In ihrem Vortrag zur Ökonomie industrieller Flexibilität ging sie auf Strompreise, Netzentgelte und Investitionsbedingungen ein. Sie appellierte an die Regulierung, das Stromsystem als Ganzes zu betrachten und unterschiedliche Formen der Flexibilität anzuerkennen.

Zugleich warnte Tiedemann davor, Unternehmen und ihrer Produktion eine bestimmte Fahrweise vorzuschreiben. Regulatorische Festlegungen müssten so ausgestaltet sein, dass Firmen sie im laufenden Betrieb umsetzen können. Außerdem brauche es verlässliche und zeitnahe Entscheidungen. Nur dann könnten Unternehmen Investitionen in flexible Produktionsprozesse und die Elektrifizierung ihrer Anlagen fundiert planen.

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Wirtschaftlichkeit konkreter Projekte im Fokus

Wie sich die industrielle Transformation praktisch umsetzen lässt, beleuchtete Hannes Kracht von der Forschungsstelle für Energiewirtschaft. Sein Vortrag behandelte die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Umsetzung von Transformationsmaßnahmen. Svenja Bielefeld von Siemens Energy stellte wiederum Erfahrungen aus der Entwicklung von Transformationskonzepten vor und ging auf Risiken und Chancen einer wirtschaftlich tragfähigen Dekarbonisierung ein.

Einen weiteren Schwerpunkt bildeten grüne Leitmärkte. Dr. Anna Leipprand vom Wuppertal Institut erläuterte, wie die Nachfrage nach klimafreundlich hergestellten Produkten im Rahmen eines geeigneten Policy-Mix die industrielle Dekarbonisierung unterstützen kann. Damit rückte neben den technologischen Möglichkeiten auch die Frage in den Mittelpunkt, unter welchen Marktbedingungen sich Investitionen in klimafreundliche Produktionsverfahren rechnen.

Besonders praxisorientiert war das Format „Kostencheck live“. Dabei bewerteten die Teilnehmenden die Wirtschaftlichkeit konkreter Dekarbonisierungsprojekte anhand zentraler Investitions- und Kostenfaktoren. Drei Unternehmen stellten dafür ihre Projekte vor: CASEA, präsentiert von Geschäftsführer Andreas Hübner, Feralpi Stahl mit General Manager Uwe Reinecke sowie Felix Schoeller mit Project Manager Sustainability Senta Becker.

Gemeinsam mit dem Publikum diskutierten die Referenten die Wirtschaftlichkeit der vorgestellten Vorhaben sowie die damit verbundenen Chancen, Risiken und Marktbedingungen. Ziel des Formats war es, die ökonomischen Voraussetzungen der Dekarbonisierung anhand konkreter Anwendungsfälle einzuordnen.

Austausch zwischen Forschung und Industrie

Neben dem Fachprogramm bot ein Innovation Pitch Unternehmen Start-ups und Forschungseinrichtungen die Möglichkeit, technologische Lösungen für die industrielle Dekarbonisierung vorzustellen. Eine begleitende Ausstellung ergänzte das Bühnenprogramm. Sie bot den Teilnehmenden Gelegenheit, sich in den Pausen über die Angebote und Entwicklungen der ausstellenden Unternehmen zu informieren.

Die Fachkonferenz richtete sich an Fachleute aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik. Mit den unterschiedlichen Formaten wollte das CDI den Austausch zwischen den Akteuren fördern und konkrete Ansätze für die Transformation energieintensiver Industrien diskutieren. Dabei wurde deutlich, dass neben verfügbaren Technologien vor allem verlässliche politische und regulatorische Rahmenbedingungen sowie tragfähige Geschäftsmodelle entscheidend dafür sind, ob Unternehmen Dekarbonisierungsmaßnahmen umsetzen. (sh) // VON SUSANNE HARMSEN

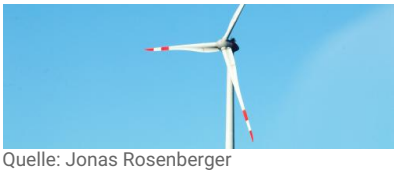
^ Zum Inhalt

WERBUNG

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten



BWE fordert besseren Marktzugang für Windenergie



Quelle: Jonas Rosenberger

WINDKRAFT ONSHORE. In Berlin diskutierte der Bundesverband Windenergie mit Vertretern aus Politik und Wirtschaft über die Rolle der Windenergie für die Versorgungssicherheit und den Industriestandort.

Der Bundesverband Windenergie (BWE) veranstaltete am 13. November 2026 ein Zukunfts-Symposium zur Bedeutung des Windenergieausbaus für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Anlass war das 30-jährige Bestehen des Verbandes. Unter dem Titel „Windenergie für Versorgungssicherheit & Systemverantwortung“ berieten Vertreter aus Politik, Industrie und Energiewirtschaft über die künftigen Rahmenbedingungen für den Ausbau der Erneuerbaren und die Weiterentwicklung des Stromsystems. Zu den Teilnehmern sprach auch Bundesumweltminister Carsten Schneider (SPD).

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die geplante Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) und das angekündigte Netzanschlusspaket. Beide Vorhaben werden nach Einschätzung des Verbandes maßgeblichen Einfluss auf den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien haben. Dabei geht es unter anderem um die künftigen Finanzierungsbedingungen für Windenergieprojekte, die Verzahnung von industrieller Wertschöpfung, Stromerzeugung und Netzausbau sowie politische Rahmenbedingungen für ein resilientes Stromsystem.

BWE-Präsidentin Bärbel Heidebroek sieht insbesondere bei den anstehenden Gesetzesvorhaben politischen Handlungsbedarf. „Die Windenergie ist eine tragende Säule unserer zukünftigen Energieversorgung. Damit sie diese Rolle auch weiterhin ausfüllen kann, brauchen wir verlässliche Rahmenbedingungen, die Investitionen ermöglichen und den Ausbau langfristig absichern. Gerade bei der anstehenden EEG-Novelle und dem Netzanschlusspaket kommt es darauf an, die richtigen Signale zu setzen.“

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Zugleich müsse die Politik der Windenergie einen besseren Marktzugang ermöglichen, ohne ihre Finanzierungsgrundlage zu untergraben, erklärte Heidebroek. Das Symposium solle dazu beitragen, gemeinsam Lösungen für den weiteren Ausbau zu entwickeln und die künftige Rolle der Windenergie im Stromsystem zu diskutieren.

An den Diskussionsrunden beteiligten sich außerdem Vertreter verschiedener Unternehmen und Institutionen: Carina Brehm von Siemens Gamesa, Josef Knitl von Max Bögl Bauservice, Kerstin Maria Rippel von der Wirtschaftsvereinigung Stahl, Janina Ketterer von Octopus Energy Germany sowie Michael Kellner, MdB von Bündnis 90/Die Grünen. (sh) // VON SUSANNE HARMSEN

^ Zum Inhalt

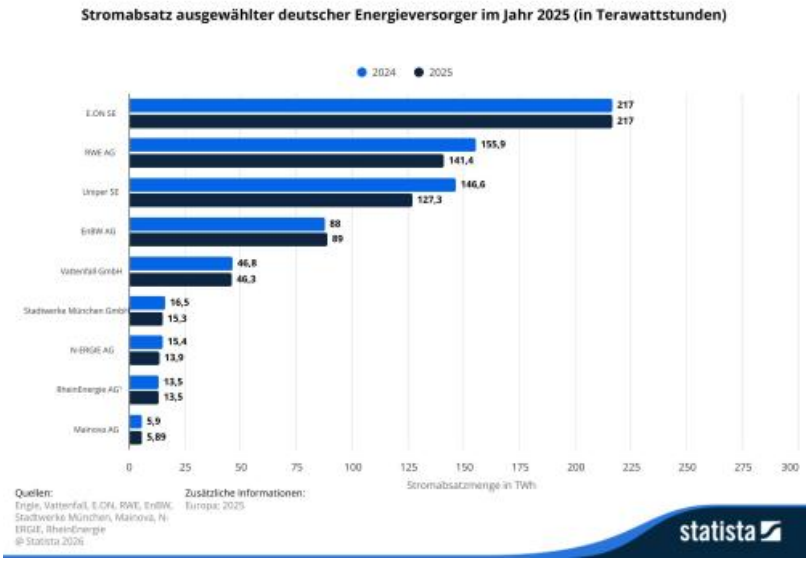
© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Stromabsatz deutscher Energieversorger im Jahr 2025



Quelle: E&M / Pixabay

STATISTIK DES TAGES . Ein Schaubild sagt mehr als tausend Worte: In einer aktuellen Infografik beleuchten wir regelmäßig Zahlen aus dem energiewirtschaftlichen Bereich.



Zur Vollansicht auf die Grafik klicken
Quelle: Statista

Im Jahr 2025 setzte die Uniper SE insgesamt rund 127 Terawattstunden Strom ab. Die Statistik zeigt den Stromabsatz ausgewählter deutscher Energieversorger im Jahr 2025. // VON REDAKTION

Zum Inhalt

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

TECHNIK



Quelle: Pixabay / Pete Linforth

Cyberangriff verzögert Zahlungen bei den Stadtwerken Achim

IT-SICHERHEIT. Nach einem Cyberangriff sind bei den Stadtwerken Achim zentrale IT-Systeme ausgefallen. Nun verzögern sich Lastschrifteinzüge und Zahlungen an Anlagenbetreiber.

Der Cyberangriff auf die Stadtwerke Achim hat inzwischen auch Auswirkungen auf den Zahlungsverkehr. Wie der niedersächsische Energieversorger am 13. November mitteilte, kann er die für den 15. November vorgesehenen Abschläge auf den Energiebezug nicht planmäßig einziehen. Auch die Auszahlungen an Betreiber von Photovoltaik- und Windenergieanlagen sowie Zahlungen für Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen verschieben sich.

EEG-Abschläge zahlen die Stadtwerke üblicherweise zum 15. Kalendertag eines Monats gemäß Paragraf 26 EEG aus. Im November könne dieser Termin nicht eingehalten werden. Dasselbe gelte für Abschläge nach dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG). Beide Zahlungen sollen nachgeholt werden, sobald dies technisch wieder möglich sei, heißt es in einer Mitteilung der Stadtwerke
Kunden, die ihre Energieabschläge per Lastschrift bezahlen, sollen keine eigenständige Zahlung veranlassen, sondern den späteren Einzug abwarten. Daueraufträge und Überweisungen können dagegen wie gewohnt ausgeführt werden. Der Kassenautomat des Unternehmens stehe vorerst nicht zur Verfügung.

Auch im Messstellenbetrieb gibt es Einschränkungen: Bereits vereinbarte Zählerwechsel können derzeit nicht stattfinden. Betroffene sollen sich telefonisch bei den Stadtwerken melden. Die Kundenportale sind dem Unternehmen zufolge weiterhin nicht erreichbar; damit fallen unter anderem der Zugriff auf Kundenkonten und die digitale Übermittlung von Zählerständen aus. Auch die E-Mail-Kommunikation ist gestört. Telefonisch sei der Versorger dagegen erreichbar.

Versorgung zu keinem Zeitpunkt beeinträchtigt

Die Attacke war am 8. November von den eigenen Überwachungssystemen entdeckt worden. Die Stadtwerke sprechen von einem gezielten, professionell ausgeführten Angriff, der zum Ausfall zentraler IT-Systeme geführt habe. Als Sicherheitsmaßnahme trennte das Unternehmen die Außenverbindungen und isolierte die Systeme. Arbeitsplätze und virtuelle Arbeitsplätze wurden heruntergefahren.

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Die Versorgung mit Strom, Gas und Fernwärme sei zu keinem Zeitpunkt beeinträchtigt gewesen und laufe weiterhin uneingeschränkt, versichert das Unternehmen. Die Stadtwerke betreiben das Stromverteilnetz in Achim und Oyten und sind grundzuständiger Messstellenbetreiber. Für 2025 weist das Unternehmen rund 27.200 Entnahmestellen in der Niederspannung aus.

Zur Aufklärung wurde ein Krisenstab eingerichtet, dem externe Spezialisten für die Bewältigung von IT-Sicherheitsvorfällen und digitale Forensik angehören. Sie untersuchen den Hergang des Angriffs und den entstandenen Schaden und unterstützen die Wiederherstellung der IT. Der Vorfall wurde dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) und dem Landesbeauftragten für Datenschutz Niedersachsen gemeldet. Auch die Landeskriminalpolizei wurde eingeschaltet.

Nach bisherigem Kenntnisstand gebe es keine Anhaltspunkte dafür, dass personenbezogene Daten abgeflossen seien. Die Stadtwerke überwachen dennoch mögliche Veröffentlichungen im Internet und im Darknet und warnen Kunden vor Betrugsversuchen. Über die Identität der Angreifer, einen möglichen Erpressungsversuch oder eine Lösegeldforderung äußert sich das Unternehmen mit Verweis auf laufende Ermittlungen nicht. Wann die IT-Systeme vollständig wieder zur Verfügung stehen, ist noch offen. (fw)

// VON FRITZ WILHELM

Zum Inhalt

WERBUNG



Speichern statt abregeln im Verteilnetz



ReDiFlex-B-Team des Insys Quelle: Oksana Khaliava

F&E. Das Institut für Sustainable Energy Systems (INSYS) arbeitet mit regionalen Partnern zusammen, um durch industrielle Speicher die Nutzung erneuerbarer Energien zu verbessern.

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Ein mainfränkisches Konsortium aus Wissenschaft, Industrie und Energiewirtschaft erhält mehr als vier Millionen Euro, um die Einbindung industrieller Batteriespeicher in den Verteilnetzbetrieb voranzubringen. Das Projekt „ReDiFlex-B“ startet am Institut für Sustainable Energy Systems (INSYS) der Technischen Hochschule Würzburg-Schweinfurt (THWS). Beteiligt sind vier regionale Unternehmen als Partner: ÜZ Mainfranken eG, MAINCOR Rohrsysteme und AXSOL Die Projektkoordination übernimmt das Center for Applied Energy Research e. V. (CAE).

Ziel ist es, vorhandene Netzkapazitäten effizienter zu nutzen, die Abregelungen erneuerbarer Energien zu reduzieren und zusätzliche Flexibilität zu gewinnen. „Mainfranken bietet ideale Voraussetzungen für das Forschungsprojekt ReDiFlex-B“, sagt INSYS-Leiter Prof. Fabian Scheller. „Im Netzgebiet der ÜZ Mainfranken wird bereits mehr erneuerbarer Strom erzeugt als verbraucht. Gleichzeitig führen lokale Netzengpässe dazu, dass Wind- und Solaranlagen zeitweise abgeregelt werden müssen.“

Die Forschenden wollen übertragbare technische und wirtschaftliche Lösungen entwickeln, die künftig auch anderen Verteilnetzbetreibern und Industrieunternehmen zur Verfügung stehen. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, wie sich unterschiedliche technische, wirtschaftliche und regulatorische Anforderungen miteinander vereinbaren lassen. Industrielle Batteriespeicher sollen am Strom- und Regelenergiemarkt teilnehmen, Eigenverbrauch optimieren und das Redispatch verringern.

Gleichzeitiger Einsatz für Eigenverbrauch, Strommarkt und Redispatch

Das Team an der THWS übernimmt insbesondere die energiewirtschaftliche und regulatorische Bewertung. Es untersucht, unter welchen rechtlichen und energiewirtschaftlichen Voraussetzungen industrielle Batteriespeicher gleichzeitig für den Eigenverbrauch, den Strommarkt und Redispatch eingesetzt werden können. Dazu gehören insbesondere die Rollen und Verantwortlichkeiten der beteiligten Akteure, regulatorische Anforderungen an den Speicherbetrieb sowie geeignete Mess-, Bilanzierungs- und Abrechnungskonzepte.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Wirtschaftlichkeit: Welche Erlöse entgehen einem Unternehmen, wenn sein Batteriespeicher zur Entlastung des Stromnetzes eingesetzt wird? Welche zusätzlichen Kosten entstehen durch Batteriealterung? Und wie können solche Einsätze fair vergütet werden? „Die eigentliche Herausforderung liegt darin, dass ein Batteriespeicher nicht gleichzeitig alle Anforderungen erfüllen kann“, erklärt Scheller. „Wird er für den Eigenverbrauch oder den Strommarkt eingesetzt, verändert sich sein Ladezustand und damit die Flexibilität, die dem Netzbetreiber für Redispatch zur Verfügung steht“, erläutert er. Gleichzeitig müssten Netzanschlussgrenzen eingehalten und mögliche Verpflichtungen aus dem Regelenergiemarkt berücksichtigt werden. Es gehe darum festzulegen, welches Signal Vorrang hat, wie sich die tatsächliche Netzwirkung nachweisen lässt und wer die wirtschaftlichen Folgen eines Eingriffs trägt.

Ein zentraler Bestandteil des Projekts ist der Industriestandort von Maincor in Knetzgau. Das Unternehmen verfügt bereits über umfangreiche Photovoltaikanlagen und einen kontinuierlichen Strombedarf durch seine Produktion. Im Rahmen des Vorhabens soll ein Batteriespeicher mit rund zehn MWh Kapazität eingebunden und unter realen Produktionsbedingungen erprobt werden.

Der regionale Netzbetreiber ÜZ Mainfranken untersucht die Integration des Speichers in die Netzleitstelle und die Redispatch-Prozesse. Das CAE koordiniert das Projekt und entwickelt intelligente Optimierungsverfahren für den Speicherbetrieb. Axsol übernimmt die technische Umsetzung und Integration des Energiemanagementsystems.

„Gemeinsam können wir wissenschaftliche Erkenntnisse in praxistaugliche Technologien überführen und Lösungen hier vor Ort in Mainfranken entwickeln, die später auch an anderen Standorten eingesetzt und

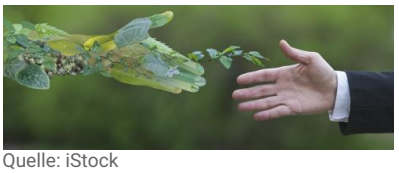
© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

damit vertrieben werden können“, beschreibt Jürgen Zinecker, Geschäftsführer von Axsol.

Das dreijährige Forschungsprojekt ReDiFlex-B hat ein geplantes Gesamtvolumen von rund 4,65 Millionen Euro und wird mit rund 2,42 Millionen Euro im Rahmen des 8. Energieforschungsprogramms des Bundeswirtschaftsministerium (BMWE) gefördert. (sh) // VON SUSANNE HARMSEN

Zum Inhalt

Bürgerenergie verschenkt Potenzial durch fehlende Vielfalt



Quelle: iStock

KLIMASCHUTZ. Frauen sind in Energiegenossenschaften unterrepräsentiert. Eine IÖW-Studie zeigt, welche Hürden bestehen und wie Genossenschaften mehr Menschen für die Bürgerenergie gewinnen können.

Frauen sind hierzulande in Energiegenossenschaften häufig unterrepräsentiert. Das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) hat untersucht, welche Hindernisse einer stärkeren Beteiligung entgegenstehen und wie Genossenschaften diese abbauen können. Die Ergebnisse stammen aus dem Forschungsprojekt „Potenziale der Stärkung von Diversität in der Bürger*innen-Energie“ (EPOS)“. Zwei neue Veröffentlichungen enthalten außerdem Handlungsempfehlungen und Praxisbeispiele.

Nach Einschätzung der Forschenden können Energiegenossenschaften ihre Handlungsfähigkeit stärken, wenn sie Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungen und Kompetenzen einbinden.

Die Forschenden haben zugleich Hindernisse identifiziert, die insbesondere Frauen von einer Mitgliedschaft oder einem ehrenamtlichen Engagement abhalten können. Dazu zählen traditionelle Rollenbilder, eine stark auf technische Themen ausgerichtete Kommunikation sowie informelle Entscheidungs- und Kommunikationsstrukturen. Hinzu kommen ungleich verteilte Sorgearbeit und begrenzte zeitliche oder finanzielle Ressourcen.

„Wir empfehlen allen Vorständen, Aufsichtsräten und aktiven Mitgliedern von Energiegenossenschaften, die vor Ort mehr Menschen begeistern wollen, Einstiegshürden abzubauen – von der Außendarstellung über die Gesprächskultur bis zur Aufgabenverteilung“, erklärt IÖW-Sozialforscherin Julia Fülling. Eine verständliche Sprache, eine vielfältigere Darstellung der Mitglieder sowie klar definierte Aufgaben könnten den Zugang erleichtern.

Genossenschaften erproben neue Beteiligungsmodelle

Wie sich solche Ansätze umsetzen lassen, zeigen die Forschenden anhand mehrerer Energiegenossenschaften. Die Friedensfördernde Energie-Genossenschaft Herford achtet beispielsweise darauf, Informationsstände mit Männern und Frauen zu besetzen. Auch bei Vorträgen sollen weibliche Mitglieder zu Wort kommen. Damit will die Genossenschaft unterschiedliche Ansprechpartner sichtbar machen.

Einen ähnlichen Ansatz verfolgt die „fei Bürgerenergie eG“ mit Sitz in Bamberg. Nach ihren Erfahrungen steigt das Interesse von Frauen an einer Mitgliedschaft und Mitarbeit, wenn Frauen bei Veranstaltungen sichtbar vertreten sind. Darüber hinaus berücksichtigt die Genossenschaft die zeitlichen Möglichkeiten ihrer Mitglieder. Ehrenamtlich Engagierte können ihre Tätigkeit unterbrechen und später wieder aufnehmen.

Die Bürger Energie Bremen eG (BEGeno) hat ein Programm entwickelt, um Frauen für die Mitarbeit im

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Aufsichtsrat zu gewinnen. Das Aufsichtsrätinnen-Programm vermittelt Kenntnisse über die Struktur von Genossenschaften, die Aufgaben ihrer Organe und die rechtlichen Rahmenbedingungen der Gremienarbeit. Interessierte können dabei Aufsichtsratssitzungen kennenlernen, ohne sich unmittelbar für eine Kandidatur entscheiden zu müssen. Nach Angaben des IÖW gelang es der Bremer Genossenschaft mit diesem Ansatz tatsächlich, Frauen für ihren Aufsichtsrat zu gewinnen.

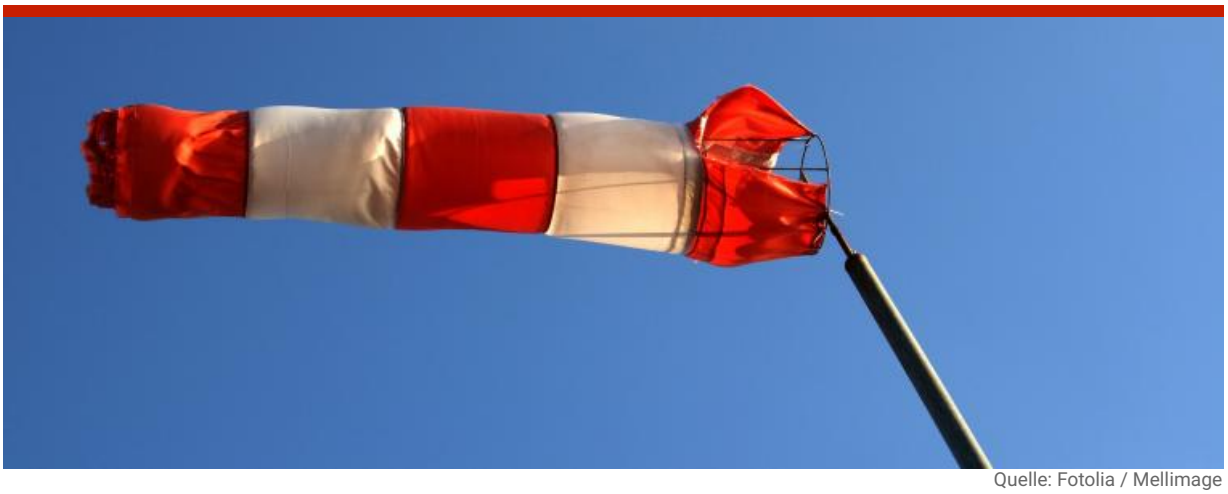
Das Forschungsprojekt EPOS hat das IÖW gemeinsam mit der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg und mehreren Praxispartnern durchgeführt. Beteiligt waren das Bündnis Bürgerenergie, das Netzwerk Energiewende „Jetzt“ sowie die Organisation „Women Engage for a Common Future“.

Weitere Informationen finden Interessierte auf der Interneseite von EPOS unter energiewende-gender.de. Zudem wurden zwei Publikationen veröffentlicht: „Warum die Bürger*innen-Energie Vielfalt braucht“ sowie „Zukunftsbilder für die Bürger*innen-Energie. Wege zu mehr Vielfalt, Teilhabe und Mitgestaltung in der Energiewende“. (hr) // VON HEIDI ROIDER

^ Zum Inhalt

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

UNTERNEHMEN



Quelle: Fotolia / Mellimage

Abo Energy strebt radikalen finanziellen Einschnitt an

WIRTSCHAFT. Der Projektentwickler Abo Energy will seine Schulden restrukturieren und neues Kapital erhalten. Aktionäre sollen ihre Anteile verlieren, Gläubiger auf Forderungen verzichten.

Heißer Herbst für den Wiesbadener Erneuerbaren-Projektentwickler Abo Energy. In einer Adhoc-Mittteilung hat das Unternehmen bekannt gegeben, dass es seine Finanzverbindlichkeiten mithilfe eines Restrukturierungsverfahrens nach dem Gesetz über den Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmen für Unternehmen („StaRUG“) neu ordnen und die Eigenkapitalstruktur grundlegend verändern will.

Das Verfahren ist dem Gericht angezeigt worden. Im nächsten Schritt soll ihm der Restrukturierungsplan vorgelegt werden. Dieser werde derzeit noch erarbeitet, teilte ein Sprecher des Unternehmens auf Anfrage mit.

Der Projektentwickler ist nach eigenen Angaben weder zahlungsunfähig noch überschuldet – eine Voraussetzung für das Starug-Verfahren. Ohne eine Restrukturierung allerdings würden innerhalb der kommenden 24 Monate erhebliche Finanzierungsverbindlichkeiten fällig, die das Unternehmen nicht aus eigener Kraft zurückzahlen oder refinanzieren könnte, heißt es.

Anfang November hatte das Unternehmen eine fällige Zinszahlung in Höhe von rund 3,125 Millionen Euro ausgesetzt. Es handelt sich um Zinsen auf nachrangige Anleihe mit Emissionsvolumen von 80 Millionen Euro, der Zinssatz beträgt 7,75 Prozent per annum. Die Anleihe wurde 2024 emittiert. Eine zweiten Anleihe mit einem Volumen von 42,64 Millionen Euro und einer Verzinsung mit 3,5 Prozent reicht auf das Jahr 2021 zurück. Beide Anleihen sollen „einschließlich aufgelaufener Zinsen vollständig gegen nachrangige Besserungsscheine erlassen werden“, schreibt Abo Energy. „Die auf Bank- und Kapitalmarktrecht spezialisierte Göttinger Rechtsanwältin Angelika Jackwerth spricht von einem drohendem Verlust von 123 Millionen Euro für Anleger.

Der jüngste veröffentlichte Geschäftsbericht bilanziert das erste Halbjahr 2025. Der Jahresbericht für 2025 ist für das vierte Quartal des laufenden Jahres angekündigt. Im Januar 2026 hatte Abo Energy die Jahresprognose nach unten korrigiert: „Nach vorläufigen Zahlen geht die Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2025 nunmehr von einem Konzernjahresfehlbetrag in Höhe von rund 170 Millionen Euro

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

aus“, hieß es in einer Adhoc-Mitteilung damals.

Gutachten soll Sanierungsfähigkeit bescheinigen

Aktuell verhandelt die Geschäftsführung nach eigener Aussage mit den „wesentlichen Finanzierungsgläubigern“ über ein Restrukturierungskonzept auf der Basis eines Sanierungsgutachtens. Dieses Gutachten bescheinige dem Unternehmen die Sanierungsfähigkeit.

Ziel sei es, die Schuldenlast zu reduzieren, bestehende Verbindlichkeiten neu zu ordnen und zusätzliche Liquidität bereitzustellen. Geplant seien unter anderem längere Laufzeiten für bestehende Finanzierungen sowie Anpassungen der Zins- und Tilgungsstrukturen. Darüber hinaus sollen Gläubiger auf einen Teil ihrer Forderungen verzichten.

Nach dem Restrukturierungsplan soll das Grundkapital der Gesellschaft auf null herabgesetzt werden. Neue Aktien aus einer Kapitalerhöhung sollen unter Ausschluss des Bezugsrechts der bestehenden Kommanditaktionäre ausgegeben werden. Und aus dem Unternehmen soll eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung werden.

Nicht Gegenstand es Restrukturierungsplan seien konzerninterne Finanzierungen, „über die Mittel aus Genussrechten der ABO-Energy-Mezzanine-Gesellschaften und aus Bürgerbeteiligungen an die Gesellschaft weitergereicht wurden“, heißt es weiter. Nach Unternehmensangaben handelt es sich dabei wirtschaftlich um Gelder von Kleininvestoren, darunter Verbraucher sowie kleine und mittlere Unternehmen.

Bis zum 30. September läuft die Frist einer „Stillhaltevereinbarung“ mit den großen Finanzierungsgläubigern. Die Vereinbarung enthält laut Abo Energy eine Verlängerungsoption bis zum 21. Dezember 2026 und soll bis zum Abschluss der Sanierungsfinanzierung verlängert werden.

Nach Unternehmenszahlen halten die beiden Gründerfamilien von Abo Energy rund 52 Prozent der Aktien. 38 Prozent befinden sich im Streubesitz. Drittgrößter Aktionär mit 10 Prozent der Aktien ist Mainova. (mf)

// VON MANFRED FISCHER

^ Zum Inhalt

WERBUNG

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten



DSW 21 stellt sich seiner Nazi-Vergangenheit


Quelle: DSW 21

UNTERNEHMEN. Die Dortmunder Stadtwerke haben ihre Rolle in der Nazi-Diktatur wissenschaftlich untersuchen lassen. Die Studie „Keinen Schlussstrich ziehen!“ liegt nun vor.

Viele Unternehmen tun sich bei der Aufarbeitung ihrer Rolle während der Nazi-Diktatur von 1933 bis 1945 immer noch schwer. Anders ist das bei den Dortmunder Stadtwerken DSW 21. Dort stellt man sich der dunklen Vergangenheit.

Der Historiker Rolf Fischer wurde von DSW 21 beauftragt, das Verhalten des Unternehmens während der Nazi-Zeit zu untersuchen. Das Ergebnis ist die Studie „Keinen Schlussstrich ziehen!“. Dazu hat er Archivmaterial, Unternehmensunterlagen, Entschädigungs- und Entnazifizierungsakten sowie Dokumente zur Zwangsarbeit ausgewertet.

Auf knapp 80 Seiten wird wissenschaftlich beschrieben, dass Ausgrenzung und Verfolgung von Andersdenkenden auch bei den Dortmunder Stadtwerken von 1933 bis 1945 an der Tagesordnung waren. Auch Zwangsarbeit in den Betriebsstätten war zu dieser Zeit üblich.

„Die Geschichte der Dortmunder Stadtwerke gehört seit 1857 zu Dortmund – auch ihre dunkelsten Kapitel. Um ehrlich zu sein: Die Jahre von 1933 bis 1945 wissenschaftlich aufarbeiten zu lassen, war überfällig“, sagte der Vorstandsvorsitzende von DSW 21, Jörg Jacoby, bei der Vorstellung der Studie.

Die Untersuchung zeigt, wie rasch die Nationalsozialisten nach ihrer Machtübernahme 1933 die kommunalen Versorgungsbetriebe unter ihre Kontrolle brachten. Unliebsame Mitarbeiter wurden wegen „staatsfeindlicher Einstellung“ entlassen. Die Nationalsozialisten besetzten leitende Positionen mit eigenen Parteifunktionären. Die demokratische Mitbestimmung wurde abgeschafft, Betriebsräte und

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Gewerkschaften wurden zerschlagen.

Das kommunale Unternehmen war dabei nicht nur ausführendes Organ staatlicher Vorgaben: Es profitierte von Zwangsarbeit und der sogenannten Arisierung und beteiligte sich aktiv an der nationalsozialistischen Politik und Besatzung, heißt es in der Studie. Ausdruck der politischen Ausrichtung war die Auszeichnung der Dortmunder Stadtwerke als „Nationalsozialistischer Musterbetrieb“ im Jahr 1940.

Auch Zwangsarbeiter während des Zweiten Weltkriegs wurden bei DSW 21 ausgebeutet. Fischer konnte Listen mit 210 ausländischen Arbeitskräften aus sechs europäischen Ländern auswerten. Darunter waren 42 Frauen. Die tatsächliche Zahl an Zwangsarbeitern dürfte jedoch höher gelegen haben.

Die Studie dokumentiert auch den Widerstand. Der Stadtwerke-Mitarbeiter Paul Weber unterstützte eine Widerstandsgruppe und half einer verfolgten jüdischen Frau. Im Februar 1945 wurde er von der Gestapo verhaftet und später ermordet.

Für DSW 21 soll die Untersuchung nicht den Abschluss der Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte bilden. Das Unternehmen betreibt seit einigen Jahren das Bildungsprogramm „Von Dortmund nach Auschwitz“ für Auszubildende und Beschäftigte. Seit 2023 erinnert zudem eine Stadtbahn an die 1.973 ermordeten Dortmunder Jüdinnen und Juden.

„Niemand, der heute im 21-Konzern arbeitet, trägt Schuld an der Vergangenheit. Aber wir alle tragen Verantwortung für die Zukunft“, sagte Jacoby.

Die Studie „Die Dortmunder Stadtwerke in der Zeit des Nationalsozialismus, 1933–1945: Keinen Schlussstrich ziehen!“ ist auf der Internetseite von DSW21 verfügbar. // VON STEFAN SAGMEISTER

Diesen Artikel können Sie teilen: Zum Inhalt

PNE mit Ergebnissprung trotz schwächerer Projektentwicklung


Quelle: Fotolia / Kurhan

BILANZ. PNE hat sein operatives Ergebnis in den ersten neun Monaten deutlich steigern können. Während die Stromerzeugung zulegte, musste die Projektentwicklung spürbare Einbußen hinnehmen.

Noch im Oktober hatte der Erneuerbaren-Projektierer PNE aus Cuxhaven seine Ergebnisprognose für das laufende Geschäftsjahr deutlich gesenkt (wir berichteten). Statt eines um Sondereffekte bereinigten Ebitda von 110 bis 140 Millionen Euro rechnet das Unternehmen inzwischen nur noch mit 65 bis 80 Millionen Euro. Als Gründe nannte PNE damals Verzögerungen bei Projektverkäufen und Genehmigungsverfahren. Zudem sollen einige ursprünglich zum Verkauf vorgesehene Windparks nun im Eigenbestand bleiben.

Die am 12. November vorgelegten Zahlen für die ersten neun Monate des laufenden Jahres zeigen dennoch eine Verbesserung gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Das um Sondereffekte bereinigte Ebitda stieg laut dem Bericht von 26,6 Millionen auf 45,4 Millionen Euro. Das Ebitda erhöhte sich von 26,6 Millionen auf 43,9 Millionen Euro. Das Betriebsergebnis (Ebit) verbesserte sich von minus 2,9 Millionen auf 15,0 Millionen Euro.

Zu diesem Ergebnisanstieg trug laut PNE vor allem bei, dass das Unternehmen deutlich geringere Kosten außerhalb seiner operativen Geschäftsbereiche verbuchte, etwa in der Verwaltung und sonstigen Konzernfunktionen. Das dort ausgewiesene Minus verringerte sich von 44,8 Millionen auf 15,8 Millionen Euro.

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Projektentwicklung mit deutlichem Ergebnisrückgang

Auch die Stromerzeugung entwickelte sich positiv. Hier stieg das Ebitda von 42,8 Millionen auf 48,2 Millionen Euro. Die Stromerzeugung der eigenen Anlagen in den ersten neun Monaten gibt PNE mit 589.000 MWh an. Das waren rund 12 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum (527.000 MWh). Die installierte Leistung des Eigenbetriebsportfolios lag Ende September allerdings mit 484 MW leicht unter dem Wert zum Jahresende 2025 von 491 MW. Dass dennoch mehr Strom erzeugt werden konnte, begründet PNE vor allem mit besseren Windverhältnissen als im Vorjahreszeitraum.

Deutlich schwächer entwickelte sich dagegen die Projektentwicklung. Das Ebitda des Segments sank von 22,3 Millionen auf 5,7 Millionen Euro. Auch das Servicegeschäft blieb mit 5,8 Millionen Euro leicht unter dem Vorjahreswert von 6,2 Millionen Euro. Der Ergebnisanstieg geht damit nicht auf eine Verbesserung sämtlicher Geschäftsbereiche zurück.

Bei den Projektverkäufen meldete PNE Fortschritte. In den ersten neun Monaten veräußerte das Unternehmen Windenergie- und Photovoltaikprojekte mit einer Gesamtleistung von rund 361 MW. Zu den größeren Transaktionen im dritten Quartal gehörte der Verkauf des polnischen 153-MW-Windparks Karolew. In Deutschland verkaufte PNE unter anderem die Windparks Kuhstedt III und IV mit zusammen 20,6 MW sowie Wulfsdorf A mit 24,4 MW. Darüber hinaus sicherte sich das Unternehmen Genehmigungen für Windenergie- und Photovoltaikprojekte mit insgesamt rund 965 MW.

„Mit den Projektverkäufen und neuen Genehmigungen haben wir erneut gezeigt, welche Substanz und welches Potenzial in unserer Projektpipeline stecken“, sagte Vorstandschef Heiko Wuttke. Er verwies zudem auf den laufenden Verkaufsprozess, bei dem es mehrere Interessenten gebe.

Die Projektpipeline umfasste zum 30. September dieses Jahres rund 14.300 MW Windenergie an Land und 6.900 MW Photovoltaik. Gegenüber Ende 2025 ist sie damit leicht zurückgegangen. In den drei Kernmärkten Deutschland, Frankreich und Polen entfielen insgesamt rund 11.900 MW auf die Pipeline.

Ausblick: Eines der ergebnisstärksten Jahre

Im Servicegeschäft setzt PNE auf den Ausbau der Betriebsführung von Batteriespeichern. In diesem Bereich gewann das Unternehmen drei neue Aufträge für die Betreuung von Batteriespeichern mit einer Gesamtkapazität von 281 MWh. Auch bei der technischen und kaufmännischen Betreuung von Windparks gab es weitere Aufträge. Die insgesamt betreute Windenergieleistung stieg von 3.103 MW Ende 2025 auf 3.288 MW Ende September 2026.

Die Umsatzerlöse des Konzerns stiegen in den ersten neun Monaten auf 150,7 Millionen Euro nach 142,2 Millionen Euro im Vorjahreszeitraum. Der Bruttogewinn erhöhte sich von 111,1 Millionen auf 134,8 Millionen Euro. Das Konzernergebnis blieb allerdings negativ. Der Fehlbetrag verringerte sich laut dem Geschäftsbericht von 38,5 Millionen auf 27,2 Millionen Euro.

Für das Gesamtjahr erwartet PNE weiterhin ein um Sondereffekte bereinigtes Ebitda zwischen 65 und 80 Millionen Euro. Damit könnte 2026 nach Unternehmensangaben „eines der ergebnisstärksten Jahre der vergangenen zehn Jahre“ werden (ds) // VON DAVINA SPOHN

^ Zum Inhalt

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Eon beginnt mit Vorfinanzierung für 2027



Quelle: Fotolia / nmann77

FINANZIERUNG. Eon hat zwei grüne Anleihen über 1,8 Milliarden Euro platziert und damit die Vorfinanzierung für 2027 gestartet.

Der Energiekonzern Eon hat zwei grüne Anleihen mit einem Gesamtvolumen von 1,8 Milliarden Euro begeben. Das geht aus einer aktuellen Mitteilung hervor. Die erste Anleihe hat demnach ein Volumen von 800 Millionen Euro und eine Laufzeit von sieben Jahren. Der Kupon beträgt 4,26 Prozent. Die zweite Tranche umfasst 1 Milliarde Euro, läuft über elf Jahre und ist mit einem Kupon von 4,59 Prozent ausgestattet.

Die Erlöse will das Essener Unternehmen zur Finanzierung beziehungsweise Refinanzierung grüner Energieprojekte einsetzen. Grundlage dafür ist das Green Financing Framework des Unternehmens, das vollständig mit der EU-Taxonomie abgestimmt sei, heißt es in der Mitteilung.

Mit der Emission beginnt Eon frühzeitig, seinen Liquiditätsbedarf für das Geschäftsjahr 2027 zu decken. Damit wolle der Konzern die Finanzierungsrisiken reduzieren, erklärte Nadia Jakobi. Den Finanzierungsbedarf für 2026 habe Eon bereits vollständig gedeckt, so die Finanzvorständin weiter. Insgesamt habe das Unternehmen in diesem Jahr 4,7 Milliarden Euro aufgenommen und liege damit innerhalb seiner zuvor kommunizierten jährlichen Finanzierungsspanne von 3,5 bis 5 Milliarden Euro.

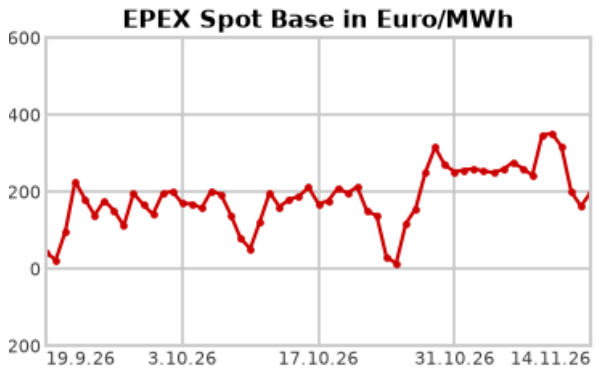
Eon hatte sich für 2026 das Ziel gesetzt, mehr als 50 Prozent seiner Finanzierung über grüne Anleihen abzudecken. Tatsächlich lag deren Anteil im laufenden Jahr bei rund 70 Prozent. Zudem stellte der Konzern seine Finanzierung breiter auf: Rund 40 Prozent des aufgenommenen Kapitals stammten 2026 aus anderen Finanzierungsquellen als dem Eurobond-Markt, also dem internationalen Markt für Anleihen in verschiedenen Währungen. (ds) // VON DAVINA SPOHN

Zum Inhalt

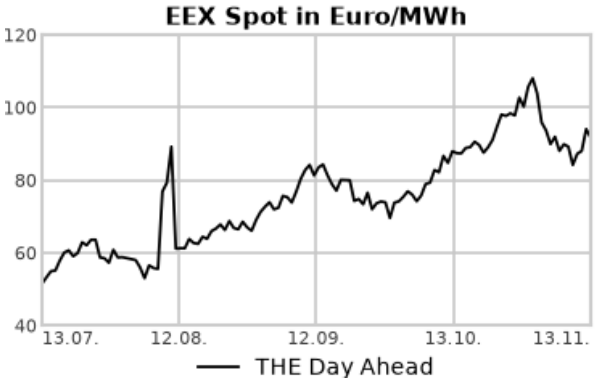
© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

MARKTBERICHTE

STROM



GAS



Gaspreise bleiben hoch, CO2 gibt nach



Quelle: E&M

MARKTKOMMENTAR. Wir geben Ihnen einen tagesaktuellen Überblick über die Preisentwicklungen am Strom-, CO2- und Gasmarkt.

Uneinheitlich haben sich die Energiemärkte vor dem Wochenende gezeigt. Strom notierte überwiegend fester, während Gas sich nur geringfügig leichter präsentierte und damit auf hohem Niveau verharrte. CO2 dagegen stand unter dem Eindruck der Einigung auf zusätzliche kostenlose Zuteilungen von Zertifikaten für die Industrie. Brent legte trotz leicht bearisher Prognosen der Internationalen Energieagentur etwas zu.

Weiterhin ist Erdgas der Risikofaktor unter den Energiemärkten, weil wegen der niedrigen europäischen Speicherstände schon moderat kühlere Wetterprognosen auf die Preise durchschlagen. Laut GIE sind die deutschen Gasspeicher aktuell zu 57,7 Prozent gefüllt, was einem deutlichen Rückgang von 2,6 Prozentpunkten gegenüber der Vorwoche entspricht.

Strom: Überwiegend fester hat sich der deutsche OTC-Strommarkt am Freitag präsentiert. Im Base wurde der Montag gegen 13.45 Uhr mit 128,50 Euro je Megawattstunde gehandelt. Am Donnerstag hatte der Freitag selbst im außerbörslichen Handel 162,00 Euro in der Grundlast gekostet.

Maßgeblich für den Preisrückgang von Freitag auf Montag ist die deutlich höhere Erneuerbareneinspeisung, die für den ersten Arbeitstag der neuen Woche erwartet wird. Die Einspeiseleistung der Erneuerbaren dürfte sich am Montag laut Eurowind auf satte 42,1 Gigawatt belaufen. Für den Freitag hatten die Meteorologen von Eurowind 38,2 Gigawatt prognostiziert. An den Folgetagen der neuen Woche sollen die Beiträge von Wind und Solar auf Werte von rund 25 Gigawatt zurückgehen. Die Temperaturen dürften sich zunächst oberhalb der saisonalen Durchschnittswerte bewegen.

Der Handel am Berichtstag war von einer weltweiten Störung bei Microsoft betroffen. Bis zum frühen Nachmittag waren die Unregelmäßigkeiten laut einem Händler aber wieder behoben.

Der Marktbeobachter führte die Aufschläge am Strommarkt auf Äußerungen von US-Präsident Donald Trump zurück. „Wir brauchen kein Abkommen mit dem Iran. Diese Zeiten sind längst vorbei“, hatte Trump am Donnerstagnachmittag in einem Beitrag auf Truth Social geschrieben. „Das hat auch am Strommarkt Ängste ausgelöst, dass die LNG-Lieferungen durch die Straße von Hormus noch weiter beeinträchtigt bleiben“, so der Marktbeobachter. Infolgedessen sei vor allem das kurze Ende von den Kurssteigerungen betroffen gewesen. Am langen Ende gewann das Cal 27 um 1,36 auf 151,32 Euro je Megawattstunde.

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

CO2: Die CO2-Preise haben am Freitag nachgegeben. Der Dec 26 verlor bis gegen 13.23 Uhr 1,12 auf 89,26 Euro je Tonne. Umgesetzt wurden bis zu diesem Zeitpunkt 16,0 Millionen Zertifikate. Das Hoch lag bei 90,86 Euro, das Tief bei 88,63 Euro.

Zu den Abgaben beigetragen haben dürfte die Einigung über Gratiszertifikate im ETS-System. Die Industrie soll für den Zeitraum 2026 bis 2030 rund 120 Millionen zusätzliche kostenlose CO2-Zertifikate erhalten. Unterhändler der EU-Staaten und des Europäischen Parlaments hatten sich in der Nacht zum Freitag auf die Anpassung der sogenannten Wärme- und Brennstoff-Benchmarks im Rahmen des EU-Emissionshandels (ETS) verständigt.

Erdgas: Die europäischen Erdgaspreise haben sich am Freitag geringfügig leichter gezeigt, verharrten jedoch weiter auf sehr hohem Niveau. Der Frontmonat am niederländischen TTF verlor bis gegen 13.25 Uhr 0,225 auf 93,235 Euro je Megawattstunde.

Irans Revolutionsgarden haben den vierten Tag in Folge Explosionen an Schiffen in der Straße von Hormus gemeldet. Ein Gastankschiff sei am Freitagmorgen auf eine Seemine gefahren, hieß es in einer Erklärung der einflussreichen Militärorganisation. Der Tanker für Flüssiggas habe sich auf einer „nicht genehmigten“ Route befunden und Warnungen ignoriert. Seit Sonntag ist es damit iranischen Militärangaben zufolge mindestens auf zwölf Öltankern und einem Gastankschiff zu Explosionen gekommen. Irans Marinestreitkräfte legen weiterhin Seeminen. (cdg) // VON CLAUS-DETLEF GROSSMANN

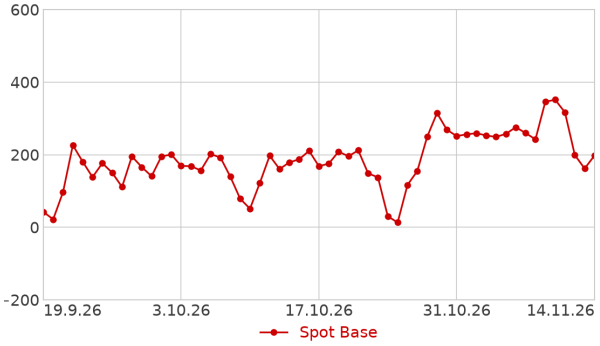
Zum Inhalt

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

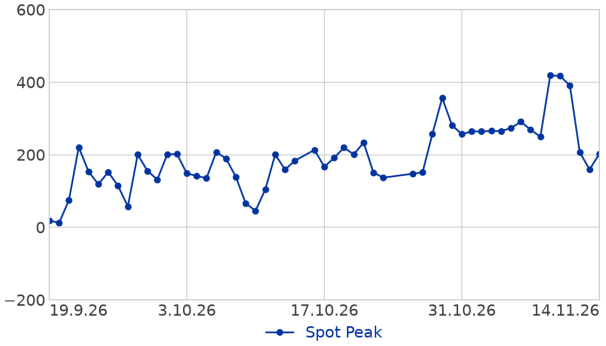
ENERGIEDATEN:

Strom Spotmarkt

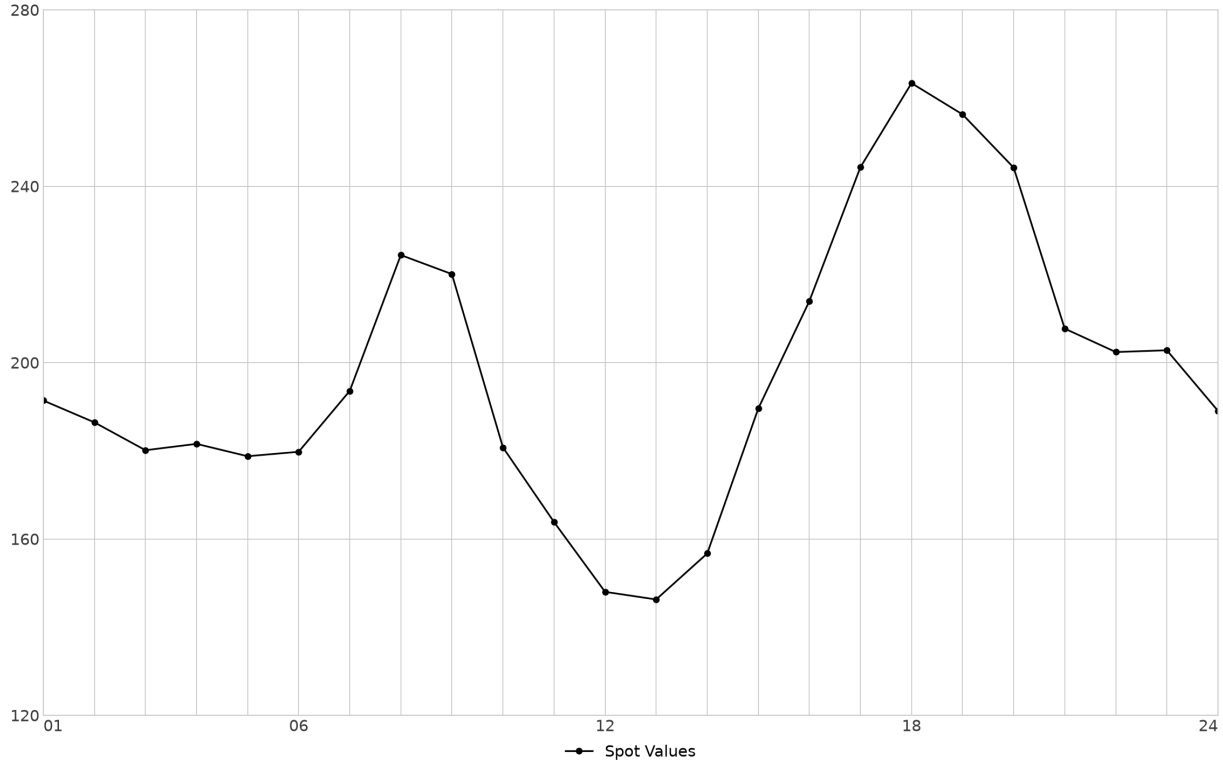
EPEX Spot Base in Euro/MWh (EEX)



EPEX Spot Peak in Euro/MWh (EEX)



EPEX Spot Stundenverlauf in Euro/MWh (EEX)



© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Strom Terminmarkt

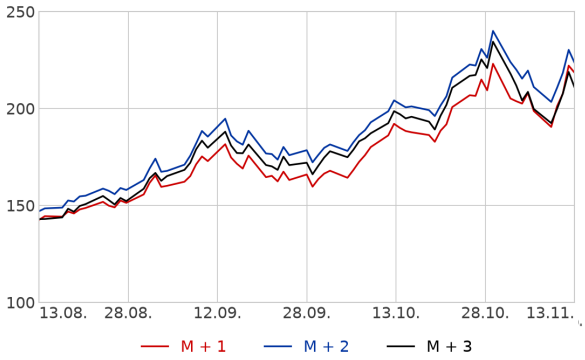
Terminmarktpreise Base in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	13.11.26	German Power Dec-2026	218,47
M2	13.11.26	German Power Jan-2027	223,61
M3	13.11.26	German Power Feb-2027	210,91
Q1	13.11.26	German Power Q1-2027	197,75
Q2	13.11.26	German Power Q2-2027	120,55
Q3	13.11.26	German Power Q3-2027	129,58
Y1	13.11.26	German Power Cal-2027	147,73
Y2	13.11.26	German Power Cal-2028	103,94
Y3	13.11.26	German Power Cal-2029	89,97

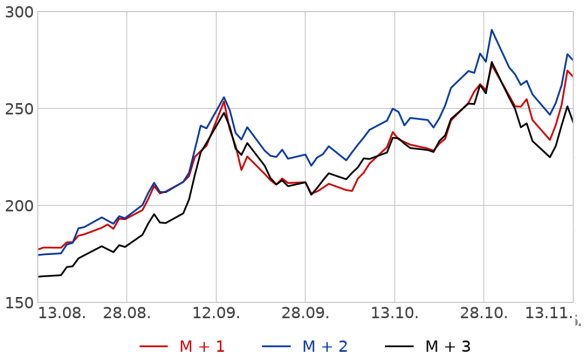
Terminmarktpreise Peak in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	13.11.26	German Power Dec-2026	266,30
M2	13.11.26	German Power Jan-2027	274,79
M3	13.11.26	German Power Feb-2027	242,84
Q1	13.11.26	German Power Q1-2027	225,78
Q2	13.11.26	German Power Q2-2027	100,50
Q3	13.11.26	German Power Q3-2027	118,95
Y1	13.11.26	German Power Cal-2027	156,25
Y2	13.11.26	German Power Cal-2028	114,15
Y3	13.11.26	German Power Cal-2029	100,00

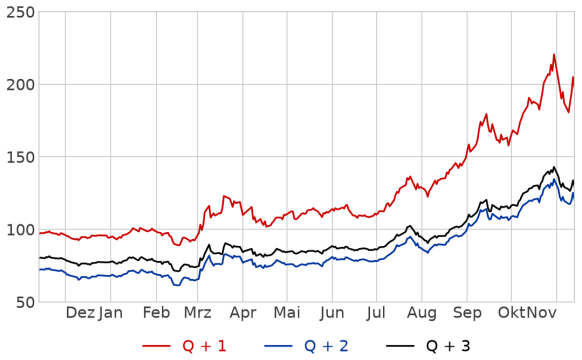
Frontmonate Base in Euro/MWh (EEX)



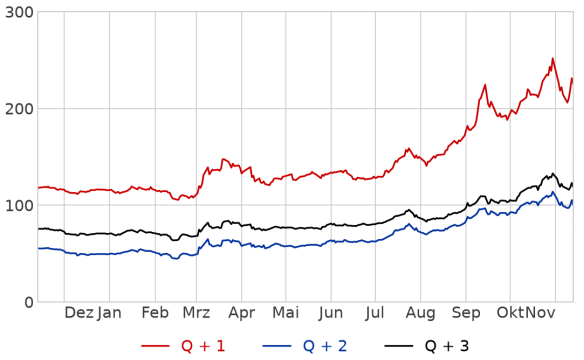
Frontmonate Peak in Euro/MWh (EEX)



Frontquartale Base in Euro/MWh (EEX)



Frontquartale Peak in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Base in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Peak in Euro/MWh (EEX)



© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Gas Spot- und Terminmarkt

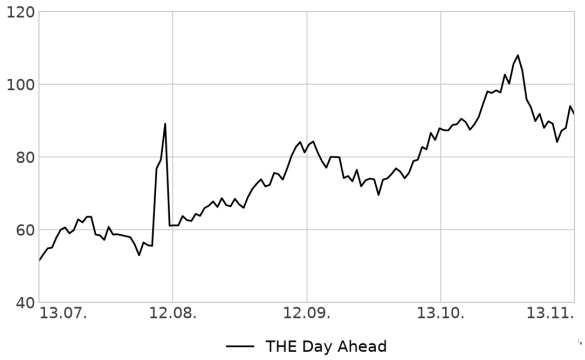
Terminmarktpreise THE in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	13.11.26	German THE Gas Dec-2026	92,33
M2	13.11.26	German THE Gas Jan-2027	92,32
Q1	13.11.26	German THE Gas Q1-2027	90,74
Q2	13.11.26	German THE Gas Q2-2027	71,61
S1	13.11.26	German THE Gas Sum-2027	69,00
S2	12.11.26	German THE Gas Win-2027	64,81
Y1	13.11.26	German THE Gas Cal-2027	73,19
Y2	13.11.26	German THE Gas Cal-2028	44,07

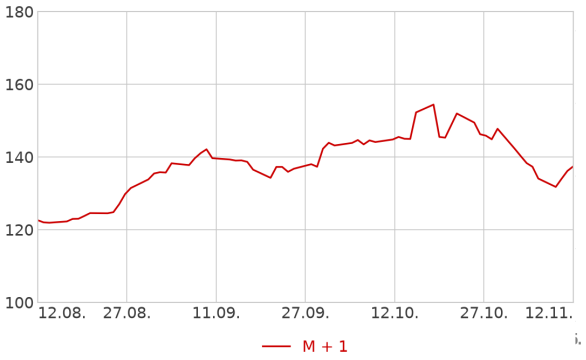
Strom, CO2, und Kohle

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
Germany Spot base	13.11.26	197,72	EUR/MWh
Germany Spot peak	13.11.26	202,28	EUR/MWh
EUA Dezember 2026	13.11.26	88,17	EUR/tonne
Coal API2 Dezember 2026	12.11.26	137,40	USD/tonne

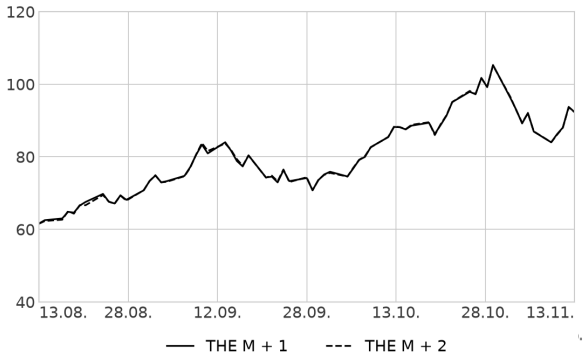
EEX Spot in Euro/MWh



Frontmonat Kohle API2 in USD/t (ICE)



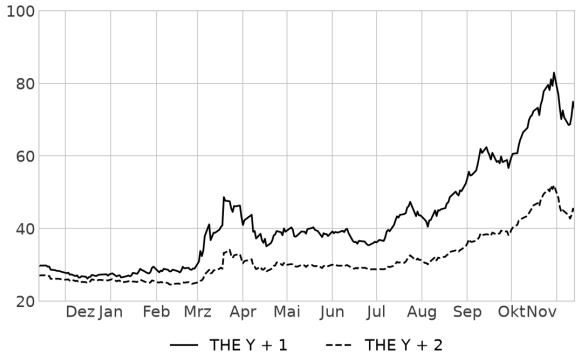
Frontmonate THE in Euro/MWh (EEX)



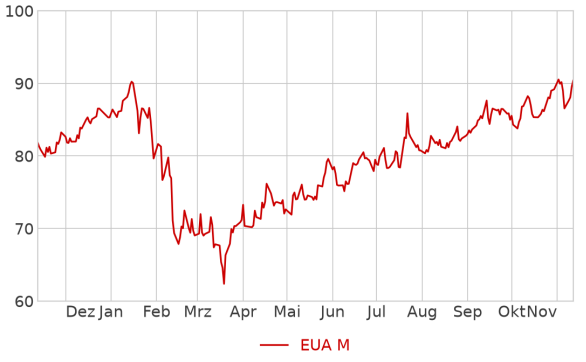
Gas und Öl

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
German THE Gas Day Ahead	13.11.26	91,68	EUR/MWh
German THE Gas Dec-2026	13.11.26	92,33	EUR/MWh
German THE Gas Cal-2027	13.11.26	73,19	EUR/MWh
Crude Oil Brent Jan-2027	13.11.26	95,84	USD/bbl

Frontjahre THE in Euro/MWh (EEX)



EUA in Euro/t (EEX)



© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

E&M STELLENANZEIGEN

Sachbearbeiter (m/w/d) Logistik und Bestände

Sachbearbeiter (m/w/d) im Bereich Logistik und Bestände beim Erdölbevorratungsverband in Hambur...

in Hamburg

10.11.2026

Angestellter · Festanstellung · Betr. Altersvorsorge / Flexible Arbeitszeit

Professur W 2 Gebäudeenergiesysteme und -automation

Gesucht wird eine Persönlichkeit, die das Fachgebiet in Lehre, angewandter Forschung und Entwicklu...

in Amberg

05.11.2026

Festanstellung

Prognosemanager Day-Ahead-Prognosen Strom (m/w/x)

Du hast Lust auf innovative und nachhaltige Bau- & Immobilienprojekte? Dann bist du bei uns genau ri...

in Neckarsulm

vor 6 h

Freie Mitarbeit · Flexible Arbeitszeit

Consultant Energiewirtschaft Datenqualität MaKo (m/w/x)

Du hast Lust auf innovative und nachhaltige Bau- & Immobilienprojekte? Dann bist du bei uns genau ri...

in Neckarsulm

vor 6 h

Freie Mitarbeit · Flexible Arbeitszeit

Prognosemanager Day-Ahead-Prognosen Strom (gn)

Du hast Lust auf innovative und nachhaltige Bau- & Immobilienprojekte? Dann bist du bei uns genau ri...

in Neckarsulm

vor 6 h

Freie Mitarbeit · Flexible Arbeitszeit

WEITERE STELLEN GESUCHT? HIER GEHT ES ZUM E&M STELLENMARKT

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

IHRE E&M REDAKTION:

Stefan Sagmeister (Chefredakteur, CVD print, Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Energiehandel, Finanzierung, Consulting

Fritz Wilhelm (stellvertretender Chefredakteur, Büro Frankfurt)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung

Davina Spohn (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: IT, Solar, Elektromobilität

Georg Eble (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Windkraft, Vermarktung von EE

Günter Drewnitzky (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Erdgas, Biogas, Stadtwerke

Heidi Roider (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: KWK, Geothermie

Susanne Harmsen (Büro Berlin)
Schwerpunkte: Energiepolitik, Regulierung

Katia Meyer-Tien (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung, Stadtwerke

Korrespondent Brüssel: **Tom Weingärnter**
Korrespondent Wien: **Klaus Fischer**
Korrespondent Zürich: **Marc Gusewski**
Korrespondenten-Kontakt: **Kerstin Bergen**

Darüber hinaus unterstützt eine Reihe von freien Journalisten die E&M Redaktion.
Vielen Dank dafür!

Zudem nutzen wir Material der Deutschen Presseagentur und Daten von MBI Infosource.

Ständige freie Mitarbeiter:
Volker Stephan
Manfred Fischer
Mitarbeiter-Kontakt: **Kerstin Bergen**

Über E&M
E&M Anzeigen-Vertrieb
E&M Mediadaten
E&M Zeitung
E&M Termine
E&M Shop
E&M Firmendatenbank
E&M Glossar

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

IMPRESSUM

Energie & Management Verlagsgesellschaft mbH
Mühlfelder Str. 18 a - D-82211 Herrsching
Tel. +49 (0) 81 52/93 11 0 - Fax +49 (0) 81 52/93 11 22
info@emvg.de - www.energie-und-management.de

Geschäftsführer: Martin Brückner
Registergericht: Amtsgericht München
Registernummer: HRB 105 345
Steuer-Nr.: 117 125 51226
Umsatzsteuer-ID-Nr.: DE 162 448 530

Wichtiger Hinweis: Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass die elektronisch zugesandte E&M daily nur von der/den Person/en gelesen und genutzt werden darf, die im powernews-Abonnementvertrag genannt ist/sind, bzw. ein Probeabonnement von E&M powernews hat/haben. Die Publikation - elektronisch oder gedruckt - ganz oder teilweise weiterzuleiten, zu verbreiten, Dritten zugänglich zu machen, zu vervielfältigen, zu bearbeiten oder zu übersetzen oder in irgendeiner Form zu publizieren, ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung durch die Energie & Management GmbH zulässig. Zuwiderhandlungen werden rechtlich verfolgt.

© 2026 by Energie & Management GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Gerne bieten wir Ihnen bei einem Nutzungs-Interesse mehrerer Personen attraktive Unternehmens-Pakete an!

Folgen Sie E&M auf: